Herbstgutachten 2011 der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose "Europäische Schuldenkrise belastet deutsche Konjunktur"

Zusammenfassung und erste Bewertung

14. Oktober 2011

Wirtschafts- und Industriepolitik

h.hass@bdi.eu

T +49 30 2028-1591
F +49 30 2028-2591

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

EU-Register der Interessenvertreter Nr. 1771817758-48

BDA | Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

EU-Register der Interessenvertreter Nr. 7749519702-29

Mitglieder von BUSINESSEUROPE

Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich nach Einschätzung der Institute deutlich verschlechtert. Das Hauptrisiko für die Konjunktur liegt in einer möglichen Eskalation der Schuldenkrise im Euroraum. Ein weiterer Belastungsfaktor war bislang der sehr kräftige Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise. Die Spielräume der Geld- und Fiskalpolitik für ein konjunkturpolitisches Gegensteuern sind in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften äußerst eng. Die Finanzpolitik wirkt aufgrund von Konsolidierungserfordernissen in den meisten Ländern in diesem und im nächsten Jahr restriktiv. Angesichts bereits sehr niedriger Leitzinsniveaus sind auch die geldpolitischen Handlungsoptionen stark limitiert. Im Falle Griechenlands rechnen die Institute mit weiteren Schuldenrestrukturierungsmaßnahmen. Die Gefahr, dass es dabei zu internationalen Ansteckungseffekten und zu einer europäischen Bankenkrise kommt, wird als groß angesehen. Gleichwohl unterstellen die Institute bei ihrer Prognose, dass eine solche Zuspitzung vermieden werden kann. Gleichwohl bleibt Europa im Krisenmodus mit geringer wirtschaftlicher Dynamik, die Wirtschaft der USA verharrt in einer Stagnation, lediglich die Schwellenländer zeigen eine stabile Wachstumsdynamik. Die Weltproduktion wird 2011 um 2,6 %, 2012 um 2,5 % expandieren. Der Welthandel wird im laufenden Jahr um 6 %, im kommenden Jahr um 5 % zunehmen.

2. Die Lage in der Europäischen Union

Die Konjunktur im Euroraum schwächte sich bereits im ersten Halbjahr 2011 ab, im Winterhalbjahr dürfte die Produktion sogar rückläufig sein. Ab dem Frühjahr 2012 rechnen die Institute allerdings wieder mit einer Aufwärtsbewegung. Dämpfende Wirkungen gehen dabei vor allem von den hohen Konsolidierungszwängen in den öffentlichen Haushalten aus, wodurch die Fiskalpolitik in den meisten Ländern stark restriktiv wirkt. Die langfristigen Refinanzierungskosten am Kapitalmarkt haben sich stark ausdifferenziert. Im September erreichte der Renditeabstand mit 450 Basispunkten seinen Höchststand seit Bestehen der Währungsunion. Für die europäische Geldpolitik rechnen die Institute damit, dass die EZB den Leitzins auf 1 % zurückführen und im Prognosezeitraum auf diesem Niveau belassen wird. Für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) rechnen die Wirtschaftsforscher im Euroraum für dieses Jahr mit einem Zuwachs von 1,5 %, für 2012 mit nur noch 0,4 %.

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum belastet zunehmend auch die Konjunktur in Deutschland. Im Winterhalbjahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnieren. Für das vierte Quartal rechnen die Institute mit einem leichten BIP-Rückgang, dem allerdings zum Jahresbeginn 2012 wieder eine moderate Expansion folgt. Im Gegensatz zum Euroraum kommt es demnach in Deutschland nicht zu einer rezessiven Entwicklung. Ab dem zweiten Quartal 2012 dürfte die deutsche Wirtschaft wieder deutlich an Fahrt zulegen. Für 2011 prognostizieren die Institute einen BIP-Zuwachs von 2,9 %, für 2012 von 0,8 %. Zwar sehen die Wirtschaftsforscher große Risiken für diese Entwicklung, sie sehen jedoch auch Chancen, dass sich die Konjunktur besser entwickelt, denn die realwirtschaftlichen Indikatoren

waren bis zuletzt gut. Die außenwirtschaftlichen Impulse werden sich im Prognosezeitraum rückläufig entwickeln. 2011 wird der Außenbeitrag noch einen positiven Wachstumsbeitrag liefern, im kommenden Jahr wird dieser negativ sein. Bei den Ausrüstungsinvestitionen rechnen die Institute in den kommenden Monaten mit einer vorübergehenden Flaute, ab dem Frühjahr 2012 jedoch wieder mit deutlichen Zuwächsen. Die Bauinvestitionen bleiben nach kräftigen Zuwächsen 2011 auch im kommenden Jahr expansiv, allerdings mit geringerer Dynamik. Für den privaten Verbrauch rechnen die Institute für 2011 mit einem Zuwachs von 1,2 %, im nächsten Jahr nur noch mit einer verhaltenen Expansion. Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hat sich bis zuletzt fortgesetzt. Dabei verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe den stärksten Zuwachs. Etwas mehr als die Hälfte des Anstiegs bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung betraf Vollzeitstellen. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten nahm nur leicht zu.

Der Arbeitsmarkt dürfte von der Wirtschaftsflaute nicht zurückgeworfen werden. Die Unternehmen werden zur Überbrückung der konjunkturellen Schwächephase auf flexible Arbeitszeitinstrumente zurückgreifen. Die Arbeitslosenquote sinkt weiter.

4. Eckpunkte der Prognose

	2010	**2011**	**2012**
BIP (real) in %	3,7	2,9	0,8
Privater Konsum in %	0,6	1,2	0,9
Ausrüstungsinvestitionen in %	10,5	9,6	3,3
Bauinvestitionen in %	2,2	5,8	1,3
Exporte in %	13,7	7,8	2,9
Importe in %	11,7	7,7	4,1
Erwerbstätige in Mio.	40,5	41,1	41,3
Arbeitslose in Mio.	3,2	2,9	2,8
Arbeitslosenquote in %	7,7	7,0	6,7
Lohnstückkosten in %	-1,1	1,9	1,8
Produktivität je Erwerbstätigenstunde in %	1,4	1,5	0,7
Tarifverdienst je Stunde in %	1,6	1,8	2,5
Verbraucherpreise in %	1,1	2,3	1,8
Staatsdefizit in % des nominalen BIP	-4,3	-0,9	-0,6

5. Zur Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik ist nach Auffassung der Institute gefordert, einer weiteren Verschärfung der Krise entgegenzuwirken. Bisher ist es der europäischen Politik nicht gelungen, glaubwürdig zu kommunizieren, an welcher Strategie sich ihr Handeln orientiert. Es ist absehbar, dass die gegenwärtige Rettungsstrategie nicht mehr lange fortgeführt werden kann. Insbesondere zwei Kernstücke eines europäischen Reformwerks wurden bisher nicht angepackt: ein funktionsfähiger Insolvenzmechanismus für Eurostaaten und ein Verfahren für eine Rekapitalisierung bzw. geordnete Insolvenz von Banken.

Zu den institutionellen Reformen der EU

Die Labilität des europäischen Bankensystems ist nach Auffassung der Wirtschaftsforscher ein Kernproblem der aktuellen Krise, vor allem auch wegen der immanenten Ansteckungsgefahren. Die der EFSF neu eröffnete Möglichkeit, angeschlagene Banken zu rekapitalisieren, halten die Institute für sinnvoll. Die erweitere EFSF-Kapazität wird dagegen kritisch gesehen, jede weitere explizite und implizite Aufstockung des Haftungsrahmens abgelehnt. Insbesondere die diskutierte Hebelung des Ausleihvolumens durch eine Banklizenz wird scharf zurückgewiesen, weil sie einer kaum noch verhohlenen Staatsfinanzierung durch die Notenpresse entspräche. Auch Eurobonds, die die Zinsdifferenzierung des Marktes aushebeln und Marksteuerung durch politische Steuerung ersetzen, werden von der Mehrheit der Institute abgelehnt. Das kürzlich vom Europäischen Parlament beschlossene „Six-Pack“ zur Stärkung finanzpolitischer Disziplin und wirtschaftspolitischer Steuerung halten die Wissenschaftler für grundsätzlich sinnvoll, die vorgesehenen Sanktionen bei Leistungsbilanzüberschüssen werden jedoch abgelehnt. Begrüßt wird von den Instituten die europaweite Einführung nationaler Schuldenregelungen nach dem deutschen Vorbild der Schuldenbremse. Fatal wäre es, wenn Deutschland selbst sich nicht an diese Regel gebunden fühlte.

Zur Geldpolitik

Nach Auffassung der Institute haben sich die Risiken im europäischen Bankensystem deutlich erhöht, die Funktionsweise des Interbankenmarktes ist beeinträchtigt. Die Wirtschaftsforscher erkennen zwar die schwierige Dilemmaposition an, in der sich die EZB befindet, sie sehen jedoch mehrheitlich eine Überdehnung des EZB-Mandats durch den Ankauf von Staatsanleihen, die dringend zurückgenommen werden muss. Eine auf Preisstabilität ausgerichtete Zentralbank soll sich nicht an der Finanzierung öffentlicher Haushalte beteiligen. Die EZB hat dagegen eine Verquickung von Geld- und Finanzpolitik zugelassen und dadurch an Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit eingebüßt. Die EZB sollte umgehend deutlich machen, dass sie sich eindeutig einer stabilitätsorientierten Geldpolitik verpflichtet fühlt. Aufgrund der rückläufigen konjunkturellen Entwicklung im Euroraum sehen die Institute Spielraum für Leitzinssenkungen.

Zur Finanzpolitik

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2011 auf einen Konsolidierungskurs eingeschwenkt, der im laufenden Jahr zu einem restriktiven Wachstumsimpuls von 0,6 Prozent führen dürfte. Konjunkturbedingt hat sich die Finanzlage des Staates im Jahresverlauf merklich verbessert, nach Auffassung der Institute ist dies jedoch kein Grund, in den Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen. Hierzu sind die finanzpolitischen Risiken aus den europäischen Rettungspaketen zu groß. Auch den vor allem aus den USA und vom IWF erhobenen Forderungen nach neuen Konjunkturprogrammen erteilen die Wirtschaftsforscher eine klare Absage. Konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen sind zudem kein Grund für dauerhafte Steuersenkungen.

6. Bewertung aus Sicht von BDI und BDA

Die **Konjunkturprognose** der Institute ist mit einem BIP-Wachstum von 2,9 % für 2011 und 0,8 % für 2012 als realistisch zu werten und deckt sich mit der Einschätzung von BDI und BDA. Nach zwei wachstumsstarken Jahren ist die prognostizierte Abschwächung der Zuwachsraten als konjunkturelle Normalisierung, nicht jedoch als krisenhafte Entwicklung zu interpretieren. Zwar ist der Abfall der Wachstumsraten markant, wenn man jedoch den zu erwartenden negativen statistischen Überhang zum Jahresende berücksichtigt, ergibt sich eine durchaus positive Verlaufsentwicklung für das kommende Jahr. Die konjunkturelle Entwicklung bleibt damit nach einer kleinen Delle auch im Jahr 2012 aufwärts gerichtet.

Ausdrücklich teilen die beiden Spitzenverbände die Einschätzung der Institute, dass die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr auch positiver verlaufen kann, als im Basisszenario angelegt. Richtet man einen unverstellten Blick auf die so genannten Megatrends, die den globalen Strukturwandel antreiben, so sind diese im Kern weiter wirksam. Zu diesen Trends zählen insbesondere das weitere Wachstum der Weltbevölkerung, die fortschreitende Industrialisierung der Schwellenländer, die globale Tendenz zur Urbanisierung mit rasantem Wachstum so genannter Megacities, das Streben nach Energie- und Ressourceneffizienz sowie die Bewältigung des weltweiten Klimawandels mit den zugehörigen ökonomischen Perspektiven. Ein solches globales **Wachstumsszenario** bietet gerade der deutschen Volkswirtschaft mit ihrem auf innovative Investitionsgüter und hochproduktive Vorleistungsgüter ausgerichteten Spezialisierungsmuster ausgezeichnete Chancen. Die deutschen Industrieunternehmen sind mit ihrer innovativen Produktpalette, ihrer globalen Aufstellung und ihren kostenoptimierten Produktionsstrukturen hierfür bestens gerüstet.

Wie die Institute sehen auch BDA und BDI die Gefahr, dass sich die Schuldenkrise im Euroraum zuspitzen könnte, indem zunächst der Bankensektor und im Gefolge dann auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft geraten könnten. Eine solche Entwicklung ist nicht zwangsläufig, die Wahrscheinlichkeit für ein erneutes **Krisenszenario** ist jedoch auch nicht gering. Aus einer realwirtschaftlichen Perspektive gibt es hierzu keine Veranlassung. Vor diesem Hintergrund unterstützen die Spitzenverbände den dringenden Appell der Institute an die Politik, alles zu unternehmen, um Vertrauen und Stabilität an den Finanzmärkten wiederherzustellen.

Die bisherige Rettungspolitik im Euroraum hat das Vertrauen nicht wiederherstellen können, insofern wäre auch ein weiteres Forschreiten auf diesem Weg nicht sinnvoll. Zu Recht erteilen daher die Institute einer weiteren Aufstockung der **EFSF-Mittel** eine klare Absage. Auch BDI und BDA sehen wie die Wirtschaftsforscher insbesondere die diskutierte Hebelung dieser Mittel sehr zurückhaltend. Eine Banklizenz für den EFSF oder einen anderen Weg zur Refinanzierung über die EZB lehnen die Spitzenverbände vehement ab.

Die positive Grundhaltung der Wirtschaftsforschungsinstitute zu den Maßnahmen des so genannten „**Six-Pack**“ wird von BDA und BDI geteilt. Die bislang vorgesehene Bestrafung von Exporterfolgen und Leistungsüberschüssen ist dagegen aus Sicht der Wirtschaft geradezu absurd. Wettbewerbsschwache Länder werden nicht dadurch wettbewerbsfähig, dass man leistungsstarke Länder bestraft. Von den deutschen Exporterfolgen profitieren die europäischen Handelspartner in vielfältiger Weise, sei es über den hohen Importgehalt der deutschen Exporte, sei es über die Fähigkeit und Bereitschaft Deutschlands, die Hauptlast der europäischen Rettungsmaßnahmen zu tragen.

Die in der Gemeinschaftsdiagnose deutlich zum Ausdruck kommende Sorge um die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der **EZB** ist aus Sicht von BDI und BDA mehr als berechtigt. Sobald die erweiterten Möglichkeiten der EFSF zur Bankenrekapitalisierung und zur vorsorglichen Marktpflege bei Staatsanleihen wirksam sind, muss die europäische Zentralbank ihre diesbezüglichen Aktivitäten wieder zurückführen und sich wieder auf ihre geldpolitische Kernaufgabe, die Inflationsbekämpfung, konzentrieren.

Die Entlastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Senkung des **Rentenbeitragssatzes** von 19,9 % auf 19,6 % zum 1. Januar 2012 leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur. BDA und BDI fordern die Senkung des gesetzlichen Rentenbeitrags schon seit einiger Zeit. Die Wirtschaftsforschungsinstitute kommen nun zum gleichen Ergebnis. Dieser wichtige Beitrag zur Begrenzung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten verbessert zugleich die Aussichten auf eine Fortsetzung der erfreulichen Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre. Von einer Beitragssatzsenkung profitieren alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, da jeder vierte Arbeitnehmer überhaupt keine Einkommensteuer zahlt.

Die Forschungsinstitute erwarteten eine nachlassende Dynamik am **Arbeitsmarkt**. Damit Betriebe auch in Krisenzeiten an ihren Beschäftigten bestmöglich festhalten können, benötigen sie entsprechende Rahmenbedingungen. BDA und BDI fordern, weder neue Beschäftigungshürden zu errichten noch Teilzeit oder Zeitarbeit einzuschränken.

Der Hinweis der Forschungsinstitute auf die geringere Produktivitätsentwicklung und die konjunkturelle Abschwächung im nächsten Jahr belegt, dass der Kurs einer differenzierten und produktivitätsorientierten **Tariflohnpolitik** fortgesetzt werden muss. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt darf nicht durch überzogene Lohnforderungen gefährdet werden.